

POLITISCHE ABTEILUNG II
p.B.75.21 - HDA/BAC

Bern, 16. Juli 1990

Gesprächsnotiz

US-Befürchtungen über Verschärfung des nahöstlichen Terrorismus

Besuch von Mrs Joan Ellen Corbett (C), "Acting DCM" der Vereinigten Staaten bei Botschafter Simonin (SI) (2. Juli 1990).

Auf Instruktion des Department of State überreicht C das beiliegende non-paper : "Concerns about Middle Eastern Terrorism", das auch an sämtliche EG-Regierungen gerichtet wurde. Sie ersucht uns, dieses zu prüfen und wäre dankbar für eventuelle zusätzliche Informationen aus unserer Sicht. Besonders interessiert sind die USA an Angaben über Irak, Libyen und spezifische nahöstliche Terroristengruppen sowie generell über Länder der Region mit welchen Washington, im Unterschied zur Schweiz, keine Beziehungen pflegt.

Die USA befürchten, dass der Abbruch des Dialogs mit der PLO zum Vorwand für verstärkte Terroraktivitäten, u.a. auch in Europa dienen könnte. Nahöstliche Terroristengruppen werden von Libyen, Irak, Iran, sowie Syrien unterstützt, selbst PLO-Führer Jassir Arafat könnte Hand zu solchen Aktivitäten bieten. Im Weissen Haus überlegt man sich, ob der Irak erneut in die Liste der Länder aufgenommen werden soll, die den Terrorismus unterstützen. Ein neues Problem bildet die gelockerte Auswanderungspolitik Moskaus. Die Immigration sowjetischer Juden in die israelisch besetzten Gebiete könnte zum Anlass für terroristische Anschläge werden.

SI dankt für die hilfreiche Informationsvermittlung, die einer guten Tradition entspricht. Wir sind daran sehr interessiert. Im Vergleich zu den USA verfügen wir indessen nur über bescheidene Mittel zur Informationsbeschaffung. Wir werden das Papier studieren und den zuständigen Amtsstellen weiter leiten.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist selbstverständlich auch ein Anliegen der Schweiz, umsomehr als wir durch Geiselnahmen von 2 IKRK-Mitarbeitern in Libanon sehr direkt davon betroffen sind. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz, der nur über geringe Mittel zur Terrorismusbekämpfung verfügt, bedeutet die internationale Zusammenarbeit eine Notwendigkeit.

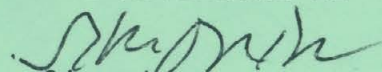
Es stellt sich die Frage nach den Ursachen für den staatlichen und nichtstaatlichen Terrorismus und für die Schwierigkeiten, die einem Fortschritt im Nahen Osten entgegenstehen. In Libanon kann nichts unternommen werden ohne Einbezug Syriens. Die Politik der neuen israelischen Regierung begünstigt kaum eine Entwicklung, wie sie von uns oder von Washington erhofft wird (Fortschritte

- 2 -

für eine Lösung des Konfliktes mit friedlichen Mitteln, internationale Nahost-Friedenskonferenz, Baker-Plan). Für das Department of State ist es zweifellos nicht leicht, die notwendige Hebelwirkung in der Region zu erzielen, auch wenn sich die UdSSR auf anderen Gebieten gegenüber den USA kooperativer zeigt. Viel hängt von den Absichten Yitzhak Shamirs bezüglich der Niederlassung sowjetischer Juden in den besetzten Territorien ab. Wir verfügen über widersprüchliche Aussagen Shamirs und Sharons hinsichtlich der Besiedlungspläne und benützen jede Gelegenheit, um auf die Probleme und den Status der besetzten Gebiete hinzuweisen. Die ganze Frage betrifft auch die EG. Die Schweiz kann jedoch nicht für diese sprechen.

Alles in allem teilen wir die amerikanischen Befürchtungen und erwarten nach dem Einfrieren der Kontakte zwischen der USA und der PLO eine Verschärfung terroristischer Aktivitäten sowie vermehrte Aktionen von Extremisten, die an einer Destabilisierung der Region interessiert sind.

POLITISCHE ABTEILUNG II



Simonin

Beilage erwähnt

Kopie zur Stellungnahme an :

- EMD
- EJPD, Bundesanwaltschaft
- IT
- Schweizer Botschaften in :
Washington, Moskau, Amman, Bagdad, Damaskus,
Kairo, Teheran, Tel-Aviv, Tripolis
- Pol. Sekretariat

Kopie z.K. an : - BRF, JAC, MA, SI, CFR, HC,

p.B.75.61. ✓
POLITISCHE ABTEILUNG II
p.B.75.21.-HC/BAT

LX 20. Juli 90 17

Bern, 20. Juli 1990

Notiz an:

- EMD, UNA
- EJPD, Bundesanwaltschaft
- IT
- Politisches Sekretariat
- Schweizerische Botschaften in:
 - . Washington
 - . Moskau
 - . Amman
 - . Bagdad
 - . Damaskus
 - . Kairo
 - . Teheran
 - . Tel-Aviv
 - . Tripolis

US-Befürchtungen über Verschärfung des nahöstlichen Terrorismus

Wir erlauben uns, Ihnen beiliegend eine Gesprächsnotiz samt einem von der amerikanischen Botschaft überreichten Papier zuzustellen. Dürfen wir Sie bitten, uns bis Ende August 1990 Ihre Stellungnahme zu unterbreiten. Mit bestem Dank.

POLITISCHE ABTEILUNG II
i.A.

Ch. Hauswirth